* Die Reform der englischen Bankverfassung.

Einzelheiten aus der Currency and Bank Notes Bill. – Vergrösserung des ungedeckten Notenkontingents der Bank von England.

Unser Londoner Wirtschaftsberichterstatter meldet:

Der Schatzkanzler Churchill hat soeben seinen Gesetzentwurf über die Verschmelzung der Currencynoten des Schatzamtes mit den Noten der Bank von England (The Currency and Bank Notes Bill) veröffentlicht. Dieser Schritt hat in der Londoner City ausserordentlich angenehm überrascht, da Churchill in seiner Budgetrede lediglich angekündigt hatte, dass die Vereinigung im Laufe dieses Finanzjahres erfolgen wird. Man hatte sogar hier und da der Vermutung Ausdruck gegeben, dass die technische Frage einer Verschmelzung nochmals von einem neu einzusetzenden Komitee geprüft werden sollte. Nun ist allerdings anderseits zu berücksichtigen, dass eine Erledigung des Gesetzes im Parlament noch keineswegs mit einer unmittelbaren Inkraftsetzung verbunden ist, und man hat mit einer tatsächlichen Durchführung wohl erst im Laufe des nächsten Monats zu rechnen. Eine Ueberraschung auch in dieser Hinsicht ist natürlich nicht ausgeschlossen. Das weitaus wichtigste Gebiet der Gesetzgebung betrifft die Deckungsfrage. Die Bank von England wird ermächtigt werden, über den durch Gold gedeckten Notenumlauf hinaus ungedeckte Noten bis zum Betrage von 260 Mill. Pfd. Sterl. auszugeben. Dieser Betrag übersteigt zurzeit um etwa 3 Mill. Pfd. Sterl. die augenblicklich vom Schatzamt und von der Bank von England ausgegebenen ungedeckten Noten.

Der letzte Ausweis der Bank von England zeigt nämlich einen Notenumlauf des „Issue-Departement" der Bank von 179 Mill. Pfund Sterling und der Umlauf von Currencynoten betrug zu gleicher Zeit 293,512 Mill. Pfd. Sterl. Der gemeinsame Umlauf umfasst also 472,578 Mill. Pfd. Sterl., hierzu müsste jedoch der Betrag von 56,25 Mill. Pfund Sterling an Banknoten, die sich zur Deckung des Currencynotenumlaufs in den Händen des Schatzamtes befinden, abgezogen werden, so dass die Nettozirkulation tatsächlich nur 416,328 Mill. Pfd. Sterl. beträgt. Dieser Summe steht ein Goldbestand der Bank in Höhe von 159,316 Mill. Pfd Sterl. gegenüber; der ungedeckte Notenumlauf beträgt also zurzeit 257,01 Mill. Pfd. Sterl. Nun ist aber darauf hinzuweisen, dass zurzeit die Geldnachfrage bei weitem nicht so gross ist, als zu anderer Zeit, vor allem im Herbst und Frühwinter, in der sich die saisonmässigen Importeinflüsse in stärkerem Masse geltend zu machen pflegen. Wenn man den Bankstatus und den Currencynotenumlauf Ende vorigen Jahres betrachtet, erhält man freilich ein anderes Bild. Ende Dezember 1927 betrug nämlich die vereinigte ungedeckte Notenzirkulation etwa 293 Mill. Pfund Sterling, also 3 Mill. mehr als jetzt das Gesetz vorschreibt. Die Grenze von 260 Mill. Pfd. Sterling darf allerdings nach dem § 8 des Gesetzes überschritten werden.

Die Bank von England kann nämlich nach besonderer Autorisierung durch das Schatzamt den ungedeckten Notenumlauf über den festgesetzten Betrag hinaus erhöhen.

Diese Autorisierung wird wohl Churchill unter Gewährleistung einer grösseren Elastizität der Kreditbasis verstanden haben, als er mit diesen Worten die Zettelverschmelzung in seiner Budgetrede angekündigt hatte. Aber in weiten Kreisen hat diese Neuerung der Bankakten von 1844 die damit verbundene innere **Verknüpfung der Bankpolitik mit der Politik des Staates bzw. des Schatzamtes** enttäuscht. Wohl ist damit grundsätzlich die Empfehlung, die das Conflikkomitee im Jahre 1925 niedergelegt hatte, nämlich den § 3 des Banknotengesetzes vom Herbst 1914 in das neue Gesetz zu übernehmen, angenommen worden. Eine im Bedarfsfalle notwendige Steigerung des Notenumlaufs wird aber dadurch ausserordentlich erschwert, da die hierzu notwendige Autorisierung durch das Schatzamt nur für sechs Monate Gültigkeit hat. Ausserdem nimmt man vielfach an, dass die Bank von England nur im äussersten Notfalle von einem Gesuch an das Schatzamt Gebrauch machen wird. Man glaubt also, dass letzten Endes eine weitere Steigerung der Zirkulation wirklich nur durch eine Vergrösserung des Goldbestandes der Bank möglich sein wird. Zu berücksichtigen ist allerdings hierbei, dass im Augenblick die Bank von England in letzter Zeit ihren Goldbestand erheblich vergrössert hat. Trotzdem erscheint es sehr zweifelhaft, ob die jetzige Höhe in Anbetracht des augenblicklich so grossen Goldhungers wird aufrecht erhalten bleiben können. Anderseits hat das neue Gesetz bestimmte Vorkehrungen vorgesehen, die einen stärkeren Goldzufluss zur Bank sichern soll. § 11 des Gesetzes ermächtigt die Bank zum Kauf jeden Betrages Gold über 10 000 Pfund Sterling, der sich in England im Besitz von Privatpersonen oder Gesellschaften befindet und nicht für den unmittelbaren Export und für die verarbeitenden Industrien bestimmt ist. Hierdurch **wird vermutlich vor allem verhindert werden, dass Privatbanken sich eine Goldreserve halten** (wie es z. B. bisher die Midlandbank getan hat). Eine andere Folge der neuen Bestimmung wird auch sein, dass die Zentralnotenbanken anderer Länder eventuell genug Depositen bei der Bank von England halten müssen, da sonst diese Ansprüche auf käufliche Erwerbung der Golddepositen zum Preise von 84 sh. 10 d. pro Feinunze hat.

Durch das Gesetz wird die Bank von England autorisiert, eigene 1-Pfund- und 10-Schilling-Banknoten auszugeben. Bisher konnte sie nur Noten im Werte von 5 Pfd. Sterl. aufwärts in Umlauf bringen. Von einem bestimmten Datum ab, das noch festzusetzen ist, übernimmt die Bank von England die Verantwortung für die noch im Umlauf befindlichen Currencynoten. Hierdurch bleibt dem Publikum zunächst ein Umtausch der Currencynoten in Noten der Bank unmittelbar nach der Verschmelzung erspart. Die Bank von England kann dann mit dreimonatiger oder längerer Frist den Umtausch der Currencynoten in eigene Noten ankündigen.

*** Guter Kalisatz im April 1928.** Der Absatz des Deutschen Kalisyndikats G. m. b. H. im Monat April 1928 betrug 674 149 D.-Ztr. Reinkali gegen 569 738 D.-Ztr. Reinkali im gleichen Monat des Vorjahres. Der Absatz in den ersten vier Wochen des laufenden Kalenderjahres beträgt 6 393 384 D.-Ztr. Reinkali gegen 5 889 726 D.-Ztr. Reinkali in den ersten vier Monaten des Kalenderjahres 1927. Der Absatz im Düngejahr 1927/28 (Mai 1927 bis April 1928) beträgt 12 857 860 D.-Ztr. Reinkali gegen 12 120 677 D.-Ztr. Reinkali im Düngejahr 1926/27.

*** Hauptversammlung des Deutschen Versicherungs-Schutzverbandes. – Behandlung wichtiger Versicherungsprobleme.** Der Deutsche Versicherungs-Schutzverband e. V. in Berlin hielt unter Vorsitz des Generaldirektors Nortmann seine diesjährige Hauptversammlung ab. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein ausführliches Referat des Universitätsprofessors Dr. Moldenhauer, M. d. R., in Köln, über „Probleme im Versicherungswesen". Der Redner behandelte zunächst die Frage der Neuwertversicherung. Er betonte, dass sich die Versicherer bisher nur dazu bereitgefunden haben, im Schadensfalle ein zinsfreies Darlehen in Höhe des Unterschieds zwischen alt und neu zu gewähren. Die beteiligten Kreise halten diese Regelung nicht für ausreichend und fordern nach wie vor eine reine Neuwertversicherung, die ihnen den Unterschied zwischen alt und neu im Schadensfalle zur Verfügung stellt, ohne dass eine Rückzahlung notwendig wird. Ferner befasste sich Professor Moldenhauer mit den neuen allgemeinen Feuerversicherungsbedingungen, die nunmehr dem Reichsaufsichtsamt zur endgültigen Entscheidung vorliegen. Er forderte eine ganze Anzahl wichtiger Aenderungen des Entwurfs. Endlich ging der Redner noch auf das Problem der Versorgung älterer Angestellten auf dem Wege der Versicherung ein. Er wies darauf hin, dass die Sozialversicherung immer weiter vorgedrungen und wichtige Gruppen von Versicherten der Privatversicherung verloren gegangen seien. Nach seiner Ansicht empfiehlt es sich für Firmen, die den genannten Angestellten einen Schutz geben wollen, dies bei privaten Versicherungsgesellschaften zu tun, nicht aber eine eigene Pensionskasse zu gründen, da sie den Interessen beider Teile nicht voll entspräche. Im Anschluss an den Vortrag wurden zwei Resolutionen einstimmig angenommen. In der ersten wird die Forderung erhoben, dass das von der gesamten Wirtschaft in der heutigen Zeit der Geldknappheit immer stärker gestellte Verlangen nach Einführung einer Neuwertversicherung möglichst bald von den Versicherungsgesellschaften befriedigt wird. In der anderen Entschliessung wird die Erwartung ausgesprochen, dass die Feuerversicherungsgesellschaften den Wünschen des „Schutzverbandes" Rechnung tragen, dass aber auch das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung bei der Genehmigung der neuen Versicherungsbedingungen die berechtigten Wünsche der Versicherten nicht ausser acht lässt. Am Schluss der Versammlung hielt Oberbranddirektor Gempp einen interessanten Vortrag über „Die Feuerwehrverhältnisse von GrossBerlin".

*** Das Russlandgeschäft der A. E. G.** Wie wir in unserem gestrigen Börsenbericht mitgeteilt hatten, wurden im Verlaufe der Börse Gerüchte kolportiert, die auf Sensationsmeldungen eines Wiener Blattes basierten und von grösseren Verlusten der A. E. G. aus ihrem Russlandgeschäft wissen wollten. — Diese Meldungen sind, wie wir hören, frei erfunden. Die A. E. G. arbeitet in Russland zu den gleichen Bedingungen wie alle übrigen deutschen Firmen und hat keinerlei Verluste an ihren Lieferungen nach dort erlitten. — Demnach handelt es sich bei den Nachrichten aus Wien offenbar um Tendenzmeldungen, die darauf abzielen, den wirtschaftspolitischen Kredit Russlands zu schädigen. Immerhin wird man es bedauern, dass die A. E. G. nicht unmittelbar nach dem Auftauchen solcher Meldungen eine sofortige Richtigstellung vorgenommen hat, wodurch eine Beeinflussung der Börsentendenz von vornherein ausgeschlossen worden wäre.

*** Garantie- und Kredit-Bank für den Osten, Akt. Ges. – Wieder 7 pCt. Dividende auf 2½ Mill. M Aktienkapital.** Aus dem erhöhten Reingewinn von 488 493 ℳ (206 430) sollen wieder 7 pCt. Dividende auf das gewinnberechtigte Aktienkapital von 2½ Mill. ℳ (die Gesellschaft erhöhte bekanntlich im Dezember 1927 ihr Kapital um 12½ Mill. auf 15 Mill. ℳ) verteilt, 10 pCt. dem gesetzlichen Reservefonds, weitere 156 283 ℳ Sonderzuweisung an den Reservefonds, der dann 300 000 ℳ beträgt und 108 360 ℛ auf neue Rechnung vorgetragen werden. Trotz der Steigerung der Steuerlasten von 58 283 auf 125 058 ℳ betrugen die Unkosten nur 959 000 ℳ gegenüber 1 133 000 ℳ im Vorjahre. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, dass durch die Entwicklung des Aussenhandels zwischen Deutschland und Russland im verflossenen Jahre auch die Tätigkeit der Garantie- und Kredit-Bank gewachsen sei. Die Umsätze im Diskontgeschäft haben sich von 52,1 Mill. auf 69,4 Mill. ℳ, im Warenlombardgeschäft von 60,6 auf 83,3 Mill. ℳ erhöht. Die Hamburger Niederlassung zeige eine Umsatzsteigerung von 70 pCt. In der Bilanz werden Vorschüsse auf Waren zum erstenmal mit 25,46 Mill. ℳ, Nostrogutaben bei Banken mit 15,17 Mill. ℳ (47,38), Wechsel mit 6,04 (5,57) und Debitoren mit 18,24 Mill. ℛ (12,09) ausgewiesen. Anderseits betragen Kreditoren nunmehr 29,63 Mill. ℳ (57,06). Akzepte 179 591 ℳ (947 742), während „von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite" auf 13,15 Mill. ℳ (5,47) angewachsen sind.

*** Gründung der Galéries Lafayettes Akt.-Ges. in Berlin. – 15 Mill. M. Kapital.** Die bisher heftig umkämpfte Berliner Warenhausgründung ist jetzt, nachdem der Plan bekanntlich schon im vorigen Jahr gefasst wurde, vollzogen worden. Die Firma lautet Galéries Lafayettes Akt.-Ges. Das Kapital beträgt 15 Millionen Stammaktien (früher waren nur 12 Millionen in Aussicht genommen), die mit 110 pCt. eingezahlt werden sollen, ferner aus 30 000 Stück nennwertlosen Genussscheinen und 100 000 6proz. winkulierten Namensaktien mit dreifachem Stimmrecht. Diese Schaffung von Mehrstimmenaktien beruht auf dem Vertrag mit der Stadt Berlin, wonach die für das Warenhaus bestimmten und zum Teil von der Stadt erworbenen Grundstücke gegen eine Konventionalstrafe von 1 Mill. ℛℳ nicht an Ausländer verkauft oder verpachtet werden dürfen. Statutengemäss ist das Mehrstimmenrecht der Aktien fast ausschliesslich auf diesbezügliche Beschlüsse beschränkt. Ueber den Kreis der Beteiligten besteht noch keine völlige Klarheit. Der vorläufige Aufsichtsrat wird nur formell mit drei Personen besetzt und zwar mit den Herren Bankier L. Rosenheim-Berlin (i. Fa. Schlesinger-Trier & Co.), Oekonomierat Gravenstein-Berlin und Josef Samuel-Krefeld (Seidenhandel). Verhandlungen mit den Bankfirmen Schwarz, Goldschmidt & Co., E. L. Friedmann & Co., Königsberger und Lichtenhein-Berlin, Teixeira de Mattos in Amsterdam und Minathe & Co. in Paris wegen etwaiger Beteiligung und Vertretung im endgültigen Aufsichtsrat werden in den nächsten Wochen entschieden.

*** Deschimag und Frerichs-Werft.** Aus Nordenham wird gemeldet, dass die Mehrheit des Aktienkapitals der Frerichs-Werft in Einswarden am 1. Mai an das Bankhaus J. F. Schröder in Bremen übergezangen ist. Bekanntlich befand sich die Aktienmehrheit der Frerichs-Werft bisher in den Händen des Stumm-Konzerns. Damit dürfte die Aufnahme der Werft in den Deschimag-Konzern nun doch eingeleitet sein. Im Februar waren Verhandlungen ergebnislos geblieben.

*** Maschinenbau A. G. vorm. Starke & Hoffmann** in Hirschberg. Nach einer Korrespondenzmeldung ist durch Vermittlung der Schlesischen Industriebank eine langfristige Amortisationsanleihe in Höhe von 450 000 ℛℳ aufgenommen worden, wodurch ein erheblicher Betrag der kurzfristigen Verpflichtungen abgelöst werden kann. Die Beschäftigung sei im laufenden Jahr befriedigend.

*** Lingner-Werke Akt. Ges.** in Dresden. In der am Freitag abgehaltenen Bilanzsitzung wurde bekannt gegeben, dass 1.36 Mill. ℳ Convertible Bonds (von 2.5 Mill. ℳ) in Aktien umgetauscht worden sind und sich somit das Aktienkapital künftig von 5.04 auf 6.4 Mill. erhöht. Die im Januar 1925 beschlossene Kapitalerhöhung wurde in diesem Umfange durchgeführt. Der bisherige Verlauf des neuen Geschäftsjahres ist, wie die Verwaltung mitteilt, befriedigend. Der Generalversammlung wird, wie wir bereits gestern mitteilen konnten, eine Dividende von wieder 7 pCt. in Vorschlag gebracht.

*** Vom holländischen Kapitalmarkt.** Die Beanspruchung des holländischen Kapitalmarktes war im vergangenen Monat ungewöhnlich gross und es werden Stimmen laut, die von einer Uebersättigung sprechen. Es wurden nach der Statistik des „Alg. Handelsblad" Emissionen im Gesamtbetrage von 175.1 Mill. Gulden angeboten gegen 92.7 Mill. im Vormonat und nur 41.9 Mill. im gleichen Monat des Vorjahres. Inländische Emissionen sind von 14.9 Mill. im Vorjahre und 44.9 Mill. im Vormonat auf 94.7 Mill. Gulden gestiegen, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, dass ein erheblicher Teil der inländischen Emissionen Konvertierungszwecken zu diente. Seitens des Auslandes wurden in Holland im April Emissionen im Betrage von 80.4 Mill. Gulden (darunter 59.7 Mill. Aktien und 20.7 Mill. Obligationen) aufgelegt gegen 47.8 Mill. im Vormonat und 27.0 Mill. im April 1927. An der starken Beanspruchung des holländischen Marktes durch das Ausland ist Deutschland diesmal nur in bescheidenem Umfange beteiligt. Es wurden nur sechs deutsche Anleihen im Betrage von 6.6 Mill. Gulden aufgelegt gegen 14 Anleihen von zusammen 37½ Mill. Gulden im Vormonat.

*** Vertagung der Berliner Wollversteigerung.** Die Wollversteigerung der Deutschen Wollgesellschaft in Berlin, die am gestrigen Freitag abgehalten werden sollte, ist, wie uns die Deutsche Wollgesellschaft mitteilt, auf Mittwoch, den 9. Mai, verschoben worden.

Wie der Röhrenverband mitteilt, hat sich das **tschechische Röhrenwerk Jäkel's Eisenindustrie Akt.-Ges.** in Freistadt mit Wirkung ab 1. Mai 1928 dem **kontinentalen Röhrenkartell angeschlossen.**

Nachdem der Verein deutscher Eisengiessereien zum 1. April eine Erhöhung der Preise für Handelsguss um 8 pCt. vorgenommen hat, ist jetzt eine **Heraufsetzung der** Das ausgesprochene gerichtliche Moratorium der Firma **Max Singewald & Co. A.-G.** in Leipzig-Leutzsch ist nach dem Bericht der Geschäftsleitung nunmehr nach Mitteilung der Verwaltung zu Ende gekommen. Der Betrieb ist gut beschäftigt und arbeitet weiter.

Ways & Freytag Akt.-Ges. in Frankfurt a. M. Dividende von wieder 10 pCt. auf das von 8 auf 12 Mill. ℳ erhöhte Aktienkapital wird vorgeschlagen.

B. Pelack Akt.-Ges. Die Dividende wird auf mindestens 6 pCt. (6 V. 6 pCt.) geschätzt.

*** Immer wieder Gerüchte um die Eisenpreise.** Die Versionen, nach denen der Kohlenpreiserhöhung auch eine abermalige Heraufsetzung der inländischen Eisenpreise folgen soll, wollen nicht verstummen.

Schon in den letzten Wochen war die Kauftätigkeit am Eisenmarkt, die zuvor als flau bezeichnet werden musste, wesentlich lebhafter geworden, und zweifellos spielten Voreindeckungen mit Rücksicht auf eine eventuelle Preiserhöhung dabei eine wesentliche Rolle. Tatsächlich sind in schwerindustriellen Kreisen auch Wünsche nach einer abermaligen Heraufsetzung der Preise ausgesprochen worden, doch scheint man darüber keineswegs einer Meinung zu sein, und man darf wohl hoffen, dass die Gegenargumente ihre Kraft behaupten. Tatsächlich wäre eine Eisenpreiserhöhung für die Selbstkostengestaltung vieler deutscher Verfeinerungsindustrien von erheblich grösserer Bedeutung als die Heraufsetzung der Kohlenpreise, und aus dem Material, das zur Kohlenfrage vorgelegt worden ist, kann kaum die Notwendigkeit eines solchen Schrittes hergeleitet werden. Massgebend für die Einwirkung der Kohlenlage auf die Eisenpreisgestaltung ist allerdings nicht nur der unverändert gebliebene Kokspreis, denn der grössere Teil der Werke arbeitet ja mit eigener Kohle und trägt demgemäss auch an der höheren Belastung der Kohlenförderung durch den Lohnschiedsspruch mit. Wenn man aber entsprechend den Massstäben der Kohlenpreiserhöhung die Tonne Kohlen im Durchschnitt um 1 ℳ teurer ansetzt, so ergibt sich für die Tonne Stahl daraus eine Verteuerung der Selbstkosten von höchstens 1,80 ℳ, in vielen Fällen aber auch nur um etwa 1,50 ℳ. Hält man dem gegenüber, dass kürzlich aus schwerindustriellen Kreisen selbst der bei gegen das Vorjahr wesentlich verbesserten Ausfuhrpreisen gestiegene Durchschnittserlös für die Tonne Stabeisen auf 123 ℳ angegeben und ein Durchschnittserlös von 120 ℳ als auskömmlich bezeichnet worden ist, so ergibt sich, dass die Auswirkungen des Kohlenschiedsspruchs für die Eisenindustrie nicht unerträglich sein können. Schon die letzte Preiserhöhung wurde bekanntlich in der gesamten Oeffentlichkeit und auch von amtlichen Stellen scharf kritisiert, weil man sie in ihrem Ausmasse nicht als unbedingt notwendig anerkennen konnte. Auch die damaligen Debatten legen den Schluss nahe, dass der Industrie heute noch ein gewisser Spielraum in ihren Preisen verbleiben ist.

Bisher liegen denn auch offizielle Nachrichten über Preiserhöhungswünsche nicht vor. Sie müssten nach dem im Anschluss an den letzten Konflikt zwischen Schwerindustrie und Reichsregierung abgeschlossenen Vergleich auch zunächst dem Reichswirtschaftsministerium vorgelegt werden, und schon hier würden sie vermutlich auf Widerstände stossen. Es kann nach alledem zunächst abgewartet werden, ob die Freunde einer Preiserhöhung selbst innerhalb der Schwerindustrie ihren Wünschen Geltung verschaffen können.

*

Zwischen Eisen erzeugender und Eisen verarbeitender Industrie finden übrigens wieder Verhandlungen über eine **Reform der Avi-Vergütungen** statt, besonders über eine **Berücksichtigung der hohen Ueberpreise** in den Vergütungen. Wir haben wiederholt betont, dass ohne solche Berücksichtigung die Vergütungen keineswegs die Exportbemühungen ausgleichen können, die der Verfeinerungsindustrie aus den über Weltmarktniveau liegenden Inlandspreisen erwachsen.

*** Internationale Stickstoffkonferenz.** Am zweiten Tage der zweiten internationalen Stickstoffkonferenz auf der Adria an Bord des Dampfers „Lützow" hielt Professor Warmbold, Deutschland, einen Vortrag über **„Natürliche und wirtschaftliche Grundlagen der Kunstdüngeranwendung".** Professor Warmbold legte dar, dass die schnelle Entwicklung der synthetischen Stickstoffindustrie die Preise aller Stickstoffdüngemittel stark gesenkt habe. Für den Landwirt, der die Düngemittel mit dem Erlös seiner Erzeugnisse erwerbe, habe sich bei einer Steigerung der Preise dieser Erzeugnisse der Aufwand für die gleiche Menge Stickstoff im Vergleich zur Vorkriegszeit auf etwa die Hälfte vermindert. Die Folge sei ein starker Mehrverbrauch an stickstoff-, aber auch an phosphorsäure- und kalihaltigen Düngemitteln. Die Auswirkung der Düngemittel werde aber durch die Kenntnisse über Anbau und Düngung der Pflanzen, die heute noch sehr unvollkommen seien, bedingt. So fehle uns das Wissen über Grösse und Zusammenwirken der Faktoren, von denen der Fruchtbarkeitszustand des Bodens abhängt, über Witterungsverlauf und Ernteertrag, die Bedeutung der verschiedenen Nährstoffformen, die Rolle der Begleitstoffe usw. Eine schnelle Lösung dieser Probleme sei nicht zu erwarten. Leichter als die naturwissenschaftliche Lösse sich die wirtschaftliche Seite der Kunstdüngeranwendung verbessern. Wo die künstliche Düngung notwendig geworden sei, seien die Aufwendungen hierfür lohnender als alle anderen Ausgaben, zumal das aufgewandte Kapital sich nicht nur sehr hoch verzinse, sondern auch kurzfristig festgelegt werde. Die Kunstdüngung müsse daher stets in einem Umfange durchgeführt werden, der sämtliche in ihr liegenden Gewinnmöglichkeiten erschöpfe; das sei der beste Weg, selbst zu Zeiten hohen Zinsfusses noch Gewinne zu erzielen. Das landwirtschaftliche Kreditwesen und ebenso die Bestellung müsse sich diesen Gesichtspunkten anpassen. Anschliessend bekannte sich Professor Bosch, Deutschland, zu dem Gedanken der Zusammenarbeit zwischen Industrie und Landwirtschaft, wies aber darauf hin, dass kein Wirtschaftszweig sich auf die Hilfe des Staates verlassen dürfe, sondern dass das Wesentliche für die Besserung der Lage die Selbsthilfe sei und bleibe. — Es folgte dann ein Vortrag von Ingenieur G. Fauser, Italien, über die Herstellung konzentrierter Salpetersäure durch Oxydation von Ammoniak unter Druck.

*** Die Einigungsverhandlungen in der Gerbstoffindustrie,** die in Hamburg angebahnt worden sind, haben zwar noch nicht zu einem Erfolg geführt, versprechen aber doch ein Ergebnis. Es wurde allseitig anerkannt, dass der Gerbstoffhandel mit seinem Einwand, dass es für eine Abänderung der Handelsbedingungen noch an den erforderlichen, zuverlässigen technischen Voraussetzungen fehle, im Recht sei, und es wurde in der Sitzung der Vertreter aller beteiligten Interessenverbände beschlossen, zu versuchen, diese Voraussetzungen in gemeinsamer Arbeit zu schaffen.

 # Berliner Nachbörse. – Weiter befestigt. An der gestrigen Berliner Nachbörse machte die Befestigung weitere Fortschritte. Man hörte u. a. folgende Kurse: Harpener 170, Rheinstahl 171½, I. G. Farben 282¼, Salzdetfurth 235, Aschersleben 201½, Westeregeln 216, Gesfürel 296 nach 290¾, Siemens & Halske 332, Berlin-Karlsruher 71½, Polyphon 485 und Schultheiss-Patzenhofer 373 pCt.

*** Frankfurter Abendbörse — fest.** An der Frankfurter Abendbörse standen Elektrowerte zur Vordergrund des Interesses. Favorisiert waren wieder Siemens, in denen grosse Berliner Kaufaufträge vorlagen. Mitgezogen wurden Licht und Kraft und A. E. G. Für Pakebanktie zog 1½ und Rheinstahl 2½ pCt. an. Bankenwerte blieben geschäftlich sehr gesucht und durchweg befestigt. Grosses Paketvonetwa 2 Mill. ℛℳ eigener Aktien fest im Ausland placierte. Im weiteren U. a. wurden folgende Kurse notiert: Hbg.-Amer. Paketfahrt 158¾, Norddeutscher Lloyd 155¼, Barmer Bankverein 144, Berl. Handels-Ges. 273, Commerz- u. Privat-Bank 184, Darmst. Nationalbank 265¼, Deutsche Bank 166¼, Disconto-Kommandit 158¾, Dresdner Bank 163, Allgemeine Elektr.-Gesellschaft 170¾, Bergmann Elektr. 195, Daimler Motoren 112¾, Deutsche Erdöl 140, Elektr.-Lieferungs-Ges. 232, I. G. Farbenindustrie 284, Felten & Guilleaume 154½, Gesfürel 297, Harpener Bergwerk 170, Philipp Holzmann 163½, Ilse Bergbau 290, Kaliwerke Aschersleben 203, Mannesmannröhrenwerke 152¾, Metallbank 132½, Phönix Bergbau 96, Rheinische Braunkohlen 292, Rheinische Stahlwerke 123¾, Rütgerswerke 111½, Salzdetfurth Kaliwerke 332, Schuckert & Co. 204, Siemens & Halske 336½, Vereinigte Stahlwerke 97, Westeregeln Alkali 214, Zellstoff-Fabrik Waldhof 302, Otavi-Minen 47¾.

*** Union und Rhein Versicherungs-Akt.-Ges. in Berlin. – Dividendenerhöhung von 6 auf 10 pCt.** Die Gesellschaft hatte im Geschäftsjahr 1927 Prämieneinnahmen von 55,5 (52) Mill. ℳ, davon für eigene Rechnung 3,6 (3,3) Mill. ℳ (158 213 ℳ) erzielt, aus dem u. a. eine ausserordentliche Dividende von 10 (6) pCt. der Einzahlung gleich 110 000 ℳ (66 000 ℳ) ausgeschüttet werden soll. Im Geschäftsbericht wird mitgeteilt, dass der Schadensverlauf, trotz erhöhter Verluste im industriellen und landwirtschaftlichen Feuerversicherungsgeschäft in letzten Teil des Berichtsjahres, in der Feuerversicherung wie in der Glas- und Einbruchdiebstahlversicherung normal war. Die Transportversicherung schloss wieder ungünstig ab, während der nicht unbefriedigende Verlauf der noch im Aufbau befindlichen Kraftfahrzeug-, Haftpflicht- und Unfall-